

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionssitz: Dresden. Verleger: Sammelnummer 25 241. Nur für Nachdruckrechte: 20011.

Bezugs-Gebühr bei möglichster Auflösung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 25,- Einzelnummer M. 10,- Sonntagsausgabe M. 12,-

Die Spaltung kann zweite Seite M. 2,- außerhalb Sachsen M. 3,- Sammler-

Anzeigen und Werbungsfürte unter Weisheit jeden weiteren Notdolls M. 15,-

Vorzugspreise im Ausland. Ausdrucksrechte gegen Vorauflage.

Schreiber und Schreibmaschinenfabrik
Märtinstraße 38/40.

Druck u. Verlag von Epich & Reichart in Dresden.

Postleitzahl 1058 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. - Unverlangt Schriftliche werden nicht aufbewahrt.

Rönisch - Phonola
- Pianos
- Flügel

Dresden-Alstadt, Waisenhausstraße 24

„Rönisch“

ist der Inbegriff aller Tugenden, die ein Klavier nur haben kann.
Ein „Rönisch“ verbürgt dauernde Haltbarkeit, Kunztgenuss und Freude

- Phonola
- Pianos
- Flügel

Dresden-Alstadt, Waisenhausstraße 24

Lond Georges Verteidigungsrede in Leeds.

Die Gründe des Zusammenbruches der bisherigen Koalition.

London, 21. Okt. Lond Georges hat heute auf dem Bahnhof in Leeds von seinem Salzwagen aus vor mehr als 8000 Zuhörern seine auseinandige Rede gehalten, in der er seine Politik seit 1918 vertheidigte. Die Verfassung war von der Nationalliberalen Partei einberufen worden, die im letzten Januar durch die liberalen Anhänger Lond Georges begründet worden ist. Zunächst wurden Lond Georges zum Präsidenten der Partei und Churchill zum Vizepräsidenten ernannt und an den letzten ein Sympathietelegramm gesandt. Lond Georges vertheidigte in seiner Rede seine demokratische Gesinnung und gab eine Art Rechenschaftsbericht über seine Amtstätigkeit. „Niemand in meinem Leben“, erklärte er, „hatte ich soviel gearbeitet wie in den letzten sechs Jahren; jetzt befindet sich mich unter der Haube der Arbeitslosen. Nachdem ich von der Macht vollkommen gerecht worden bin, werde ich die Nation selbst befragen, ob ich ihr gut oder schlecht gedient habe.“

Der Zusammenbruch der Koalition.

so führte er weiter aus, wäre darauf zurückzuführen, daß ein verderbliches Parteigeschäft höher eingestuft wurde, als das nationale Interesse. Diesem hätte man seiner Meinung besser gedient, wenn man die bisherige Form der Regierung beibehalten hätte. Im Kriege habe die Regierung alles getan, was sie tun konnte.

Wenn die Heimat den Mut verliere, so spiele sich das Bild auf dem Schlachtfeld wider. Das, was im Auslande gelangt werde, wie auf die Soldaten im Felde zurück. Dies wäre einer der Gründe, weshalb Deutschland zusammenbrach. Die Deutschen waren tapferen Soldaten gewesen, das müsse anerkannt werden. Aber die deutschen Soldaten hätten Rechte über Hunger, Entbehrungen und Elend von zu Hause erhalten. Das habe ihren Geist und ihren Mut untergraben.

Der Vertrag des Versailler Vertrages,

der, wie er sagte, eine Magna Charta der Freiheit für die Millionen von Menschen wäre, der den Weltverbund begründet habe, der ein Beispiel für die Brüderlichkeit ist. Die Militärabschluß in Mitteleuropa besteht nicht mehr. Das Riesenheer, woher das größte in der Welt, das den Horizont in Europa wie eine Gewitterwolke verdunkelt und Europa unterwölbt habe, wäre verschwunden. Obwohl Europa noch nicht ganz von den Lasten der Rüstungen befreit worden wäre, so sei doch der Versailler Friedensvertrag der erste Akt in dem großen Schauspiel des Friedens.

Seine Ansprüchen wären demokratisch und fortschrittlich. Das finde jedoch bei gewissen Leuten keinen Ausgang.

Bonar Law
habe sich in die Lage eines Reiters gebracht, der das Pferd nicht am Zügel, sondern am Schwanz halte. Alle erfahrenen Männer wären der Ansicht, daß es, bis die Nation die Schwierigkeiten überwunden habe, besser wäre, alle heiligen Elemente ohne Unterschied der Parteifärbung zusammenzuhalten, bis die Schwierigkeiten vorüber wären. Die reaktionären Meister, die im Carlton-Club dominieren würden, wenn sie bei den Wahlen eine Stimmenmehrheit erhielten — und er sei aufrichtig besorgt wegen des Ergebnisses der Wahlen — wenn sie erst einmal besser im Sattel säßen, ohne Rücksicht darauf, was sie vor den Wahlen sagten, ihr extremes Programm durchführen wollen. Dies würde zu einer Stärkung der auf den Unterkurz gerückten Elementen führen und könnte katastrophale Folgen nach sich ziehen.

Der Triumphzug Lond Georges nach Leeds.

London, 21. Okt. Die Reise Lond Georges nach Leeds, wo er am Sonnabend gesprochen hat, glich einem Triumphzug. Liberal, wo der Zug anhielt, wurde Lond George von Menschenmengen umringt, die den ehemaligen Premierminister begrüßten. Auf dem Bahnhof Leeds erklärte er in einer Ansprache: Die Rückkehr der konserватiven Partei hätten ihm den Gedanken eingegeben. Er bräuchte einen Kampf zu führen für die Interessen des Landes im Gegenzug zu den Interessen der politischen Parteien. Er forderte die Wähler auf, ihn dabei zu unterstützen. (W.T.B.)

Die Regierungsbildung in England.

London, 21. Okt. Die Blätter veröffentlichten folgende voraussichtliche Ministerliste: Präsidium Bonar Law, Lordkanzler Salisbury, Außenwirtes Curzon, Kriegsminister Derby, Schatzkanzler Baldwin.

Bonar Law Kandidat der City bei den Parlamentswahlen.

London, 22. Okt. Der ehemalige liberale Schatzkanzler und konservative Kandidat der „Sunday Herald“, das nach seiner Ansicht Bonar Law bei den Parlamentswahlen als Kandidat der City austreten werde. (W.T.B.)

Das Programm der Orientkonferenz.

Paris, 21. Okt. (Chavas.) Die Vereinbarungen zwischen London, Paris und Rom über Einberufung der Orientkonferenz nach Lausanne sind fast abgeschlossen. Die Frage der Rechten soll getrennt behandelt und Aukland, Ceylon, die Ukraine und Bulgarien sollen zu diesem Teile der Konferenz zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei mit eingeladen werden. (W.T.B.)

Französische Erkenntnis der Nachleile der Kontrollpläne.

Paris, 21. Okt. Der „Temps“ nimmt die von Barthou vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen nicht vorbehaltlos hin. Ohne irgendwie den Nutzen einer Kontrolle, noch auch die etwaige Notwendigkeit ihrer Verfolgung zu leugnen, erklärt das Blatt: Erlauben wir uns, den weniendlichen Grundlagen aufzustellen: die Verschärfung der Kontrolle darf nicht die Stellung derjenigen erschweren, die sie ausüben. Das Blatt verzweifelt sodann auf den neuen deutschen Regelungsentwurf, betreffend die Gehaltssteigerungen für die Beamten.

Wenn man diese gesteigerten Gehälter mit den Preisen der Lebensmittel und Kleidungshilfe vergleicht, stellt man fest, daß sie kein luxuriöses Leben ermöglichen. Es ist indessen klar, daß die neue Erhöhung für das Budget des Fleisches, ebenso wie für die Budgets der Länder und Gemeinden unangebrachte Kosten mit sich bringen würde. Angenommen, die interalliierte Kontrolle wäre in Deutschland verhältnismäßig, und der mit der Kontrolle beauftragte Mechanismus hätte Vollmacht erhalten, jede von ihm als inopportun erachtete Ausgabe zu unterlassen, würden dann die interalliierten Kontrollen die Herausleitung der Behörden auf die vorgeschlagene Höhe verbieten? Als ein zweites Beispiel für die Schattenseiten der Kontrolle steht dem „Temps“ die Erklärung des Reichsnährungsministers im Reichstage vom vorigen Montag über die Getreideablieferungen und die Getreidepreise.

Würden die Kontrollen, wenn sie die Ausgabe der 120 Milliarden Mark oder Schätzweise verhinderten, sich verpflichten, auch die Revolten zu unterdrücken, die der Protmangel voraussetzen würde, Revolten, deren Verantwortung die deutsche Regierung auf die Alliierten abwälzen würde? Wenn aber die verschärzte Kontrolle die Gefahr jener Wirkung mit sich bringe, würde man dann behaupten wollen, daß sie die Position der sie übernehmenden Staaten verbessere? Würde man nicht vielmehr zugeben, daß die Lage der Alliierten verschärft werden würde, wenn sie ihnen eine Verantwortung aufzubürde, die sie nicht tragen könnten?

Mäßige Bedenken gegen Frankreichs Kontrollpläne.

Paris, 21. Okt. Die Reparationskommission hat sich heute in öffentlicher Sitzung, die von 11 bis 15 Uhr mittags abzuhalten, mit der französischen Regierungskommission beschäftigt. Die mäßigen Bedenken wird Monza fortsetzt an der heutigen

Sitzung hat der englische Delegierte Sir John Bradbury die französischen Vorschläge in einer langen Rede kritisiert und ihre Unmöglichkeit nachdrücklich nachgewiesen. Es verlaufen, daß auch von belgischer und italienischer Seite Bedenken gegen die französische Denkschrift geäußert worden sind. (W.T.B.)

Unerhörte Rechtsanmaßung der Rheinlandskommission.

Berlin, 21. Oktober. Die interalliierte Rheinlandkommission hat Ende Mai dieses Jahres eine Verordnung erlassen, durch die sie die Belegschaft belegt, unter gewissen Voraussetzungen die Durchführung von Verhörsbeschluß auf Grund § 16 der Deutschen Strafprozeßordnung, der bestimmt, daß im Falle der Verhinderung des an sich zuständigen Gerichts das nächsthöhere Gericht die Unterbringung und Entledigung des Verdächtigen bis zur Entscheidung hat zu unterlassen. Gegen diese Verordnung, die einen neuen Eingriff in die deutsche Rechtsprechung bedeutet, hat die Reichsregierung durch den Reichskommissar für die betroffenen Gebiete in Koblenz Protest erheben lassen. Die Rheinlandkommission hat aber jetzt diesen Einspruch mit folgender, auf das Beste der Sache selbst nicht eingehender Erwiderung abgelehnt: Der Wortlaut ihrer Verordnung sei erst nach einer Prüfung der Materie erlassen worden, und zwar in Ausübung der Vollmacht, die sie auf Grund des Rheinlandkommissons besitzt. Keiner der in dem Schreiben des Reichskommissars zum Ausdruck gebrachten Gründe sei dann angegeben, die Rheinlandkommission zu einer Revision ihrer Entscheidungen zu veranlassen.

Der Protest des Deutschen Anwaltsvereins.

Die Vertreterversammlung des Deutschen Anwaltsvereins hat in ihrer Sitzung vom 15. Oktober d. J. beschlossen: Die Vertreterversammlung hat mit Zustimmung von den befeindenden Vorwürfen Kenntnis genommen, die die alliierten Regierungen aus Anlaß der Kriegsverhörschuldenprozeße gegen das Reichsgericht erhoben haben. Die Vertreterversammlung spricht weiter ihre Empörung darüber aus, daß die interalliierte Rheinlandkommission es gewagt hat, das Urteil eines deutschen Gerichtes aufzuheben, um einen Mann, der wegen Besudelung deutscher Ehre verhängten gerechten Strafe zu entziehen. Die Vertreterversammlung erwirkt Besetzung dieses das Reichsgericht verhöhndenden Eingriffs in die deutsche Rechtsverfassung.

Sozialistischer Antrag auf Verschärfung der Devisionenordnung.

Berlin, 21. Okt. Wie wir zuverlässig hören, ist von den Sozialdemokraten der Regierung der Antrag unterbreitet worden, eine Verschärfung der Devisionenordnung vorzunehmen, und zwar nach der Richtung, daß eine Beschaffung alter Devisionen erfolgt, die zu Spekulationszwecken gefälscht worden sind.

Garantie der Industrie für die Ausgleichszahlungen.

Berlin, 21. Okt. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Industrie über die Teilnahme der Industrie an der Garantie für die Ausgleichszahlungen haben stattgefunden und, wie wir hören, das Ergebnis gehabt, daß sich die Industrie bereit erklärt, die Garantie zu übernehmen. Die Verhandlungen werden augenblicklich weiter geführt über die Formulierung der Verständigung.

Gegen den Acht-Stundenstag.

Berlin, 21. Okt. Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, hat sich die gesamte Industrie zusammengetragen und wird demnächst eine Proklamation gegen den Acht-Stundenstag erlassen. Von parlamentarischer Seite hören wir hierzu noch, daß das Zentrum augenblicklich auf den Reichskanzler einwirkt, sich ebenfalls für die Aushebung und Erweiterung des Achtstundenages einzusetzen.

Das bereits mitgeteilte Schreiben Thyssens an den Reichskanzler weist nach der gleichen Richtung.

Die Rolle der Straßenbahnen.

Die Verkehrsunternehmen vor dem Zusammenbruch? Wegen der andauernden Verbleibstörungen der Wirtschaft aller deutschen Verkehrsunternehmen und der immer näher rückenden Gefahr eines völligen Zusammenbruches besonders der Straßenbahnenwesen hat der Vorstand des Vereins Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privat-eisenbahnen eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, die in Berlin stattfindet. Die Leiter kommunaler und privater Verkehrsunternehmen beteiligen sich in großer Zahl; vertreten waren auch das Reichsverkehrsministerium, das Reichsfinanzministerium, das Reichsarbeitsministerium, das preußische Handelsministerium, verschiedene Ministerien von Baden, Hessen, Braunschweig, Oldenburg, Westfalen, das Reichskohlenkommissariat, die Eisenbahn-Direktion Berlin, der Deutsche Südbahngesellschaft, der Berliner Magistrat, das Berliner Polizeipräsidium, mehrere Verbände des Verkehrsvermögens, der Technik und der Industrie.

Siebzehn Straßenbahnen und drei Kleinbahnen müssen bereit ganz stillgelegt werden, andere haben den Betrieb nur noch zum Teil aufrecht erhalten können, zu weiteren Einschränkungen wird es in den nächsten Wochen kommen.

Beschläge zur Abhilfe wurden in den folgenden Referaten gemacht. Generaldirektor Helm rezipierte über die Preispolitik der Industrie. Die Materialien für Bahnbau und Wagenreinigung zeigen Steigerungen auf das Schuhmachersche, Achtkinderische, Tonensche. Die Kartelle belasten heute, das hob der Referent sehr stark hervor, die Verbraucher mit unerträglichen Teuerungsspitzen. Dringend sei in dieser Notzeit eine Mitwirkung der Verbraucher bei den Preisfestlegungen zu wünschen. In der Diskussion wurde auch über die Stromkosten geklagt, deren Höhe nur zum Teil durch die Kohlenpreise gerechtfertigt werde. Man sprach geradezu von Ausbeutung der Verkehrsunternehmen durch die Elektrizitätsunternehmen. Generaldirektor Dräger wandte sich in seinem Referat über Arbeitszeitpolitik gegen den Achtstundenstag, den er nicht auch im Verkehrsvermögen systematisch durchgeführt sehen möchte. Er betonte auch die Lohn- und Gehaltspolitik des Reiches, die mit iden rückwärts wirkenden Reaktionen ruhmvoll für die Privatbetriebe sei. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten von mehreren Rednern unterstützt.

Nach allen Referaten wurde in der Aussprache immer wieder betont, daß infolge des Wissensverhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben die Straßenbahnbetriebe eingeschränkt und entlastet werden müssen. Die Stellungnahme der Straßenbahnbetrieben müsse für die Bevölkerung der Groß- und Industriestädte höchstlich zu einer Katastrophe werden.

Die Folgen der Tarifüberspannung.

Berlin, 21. Oktober. Der Berliner Straßenbahn hat die letzte Erhöhung des Tarifs auf 20 Pf. mehr als ein Bierkrug der Fahrgäste entzogen, die unter dem Zehn-Mark-Tarif zu verzeichnen waren. Weiters der größte Teil der abgewanderten Fahrgäste ist an der im Augenblick noch weitestgehend billigeren Stadtbahn überzugehen. Die Einnahmen der Straßenbahn sind so unzureichend geworden, daß sie selbst bei erhöhtem Tarif nicht für die Deckung der neu anreihenden Löhne ausreichen. Unter diesen Umständen wird sich die Verwaltung der Straßenbahn in der nächsten Woche mit den Maßnahmen beschäftigen, die zur Auslastung an den Rückgang des Verkehrs und die Erhöhung des Tarifes verringerten Einnahmen treffen müssen. Als unvermeidlich wird auch die Entlastung eines nicht unbedeutlichen Teiles der Berliner Straßenbahnunternehmen sein. Es soll sich vorläufig um etwa 1000 Mann handeln, denen ankündigt werden soll.